

09.02.2012

Kleine Anfrage 1530

der Abgeordneten Hamide Akbayir, Michael Aggelidis und Rüdiger Sagel DIE LINKE

Sicherheit der Zwischenlager Ahaus, Gronau, Jülich, Würgassen

Vorbemerkung:

In Nordrhein-Westfalen werden an unterschiedlichen Stellen nukleare Zwischenlager zur Lagerung von schwach-, mittel- und hochradioaktivem Material betrieben. Unter anderem das Zwischenlager des Forschungszentrums in Jülich, das Brennelemente Zwischenlager in Ahaus, das Zwischenlager am Standort des ehemaligen AKW in Würgassen und das „Freiluft“-Lager an der Urananreicherungsanlage in Gronau.

In der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen (Drucksache 17/7136), heißt es: «Als Ergebnis einer regelmäßigen Überprüfung der Sicherungsanforderungen werden zur Verbesserung des Schutzes gegen Störmaßnahmen und sonstige Einwirkungen Dritter, die Sicherungsmaßnahmen der Zwischenlager derzeit optimiert.»

Weiter heißt es in der Antwort der Bundesregierung: „Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hatte auf Veranlassung des Bundesumweltministeriums bereits mit Schreiben vom 15. April 2011 die Betreiber aller Zwischenlager darum gebeten, die dazu notwendigen Maßnahmen einzuleiten.“ In verschiedenen Zeitungen, u.a. in der Süddeutschen Zeitung vom 11.01.2012 wird berichtet, dass im bayerischen Gundremmingen der Gemeinderat am Dienstagabend den Bau einer zehn Meter hohen und 85 Zentimeter dicken Stahlbeton-Mauer beschlossen hat. Auch der Sprecher des AKW Isar 2 in Essenbach bei Landshut, Johann Seidl, bestätigte laut Antenne Bayern, dass das dortige Zwischenlager mit einer zusätzlichen Mauer gesichert werden soll.

Deshalb fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen zur „Optimierung der Sicherheit“ sind konkret an den jeweiligen nuklearen Zwischenlager-Standorten in NRW geplant (Zwischenlager Ahaus / Zwischenlager Jülich / GNS Duisburg / Zwischenlager Würgassen / Freiluftlager Gronau)?

Datum des Originals: 09.02.2012/Ausgegeben: 09.02.2012

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

2. Bis wann sollen die geplanten Maßnahmen fertiggestellt sein?
3. Gibt es regelmäßige Gespräche zwischen der Landesregierung NRW und den jeweiligen Betreibern der Zwischenlager zur Gestaltung der Sicherungsmaßnahmen (bitte teilnehmende Firmen und Behörden sowie die einzelnen Daten der Gespräche auflisten)?
4. Warum unterlässt es die Landesregierung, die Öffentlichkeit über die derzeit nicht optimierte Sicherheit an den Atomanlagen in NRW sowie die geplanten Maßnahmen an den einzelnen Atomstandorten zu informieren?
5. Hält die Landesregierung die beabsichtigten Castor-Transporte vom Zwischenlager des Forschungszentrum in Jülich in das Zwischenlager nach Ahaus, trotz des nicht optimierten Schutzes des Zwischenlagers Ahaus gegen Störmaßnahmen und sonstigen Einwirkungen Dritter, für durchführbar?

Hamide Akbayir
Michael Aggelidis
Rüdiger Sagel